

Begrüßung

„Politik für die ländlichen Räume“ haben wir als Titel unserer Konferenz gewählt.

Den in diesem Titel enthaltenen Anspruch und die damit verbundene Ankündigung soll nicht nur unsere Tagespolitik im Europaparlament, dem Deutschen Bundestag, den Landes- und Kommunalparlamenten prägen. Wir wollen dies auch als Teil unserer Grundsatzprogrammdiskussion verstanden wissen

Die ländlichen Räume in Deutschland werden jetzt bereits seit Jahrzehnten marginalisiert. Die meisten Dörfer sind zu Schlafstädten verkommen, die besser ausgebildeten jungen Menschen zieht es in die Städte

Profitiert haben von dieser Entwicklung nur die Speckgürtel rund um die Ballungsräume und auch deren Position ist bei einer schrumpfenden Bevölkerungszahl hoch gefährdet.

Denn der demographischer Wandel in Deutschland droht die Marginalisierung der ländlichen Räume noch zu beschleunigen, wenn z.B. Infrastruktur etc. wegen schrumpfender Bevölkerungszahlen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann

Die Politik muss also neue Wege gehen und neue Möglichkeiten konsequent nutzen, die sich aus technischen und gesellschaftlichen Innovationen ergeben.

Wer eine gute Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen machen möchte, muss neben einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik vor allem auch eine nachhaltige Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum fördern.

Die Mehrzahl der Menschen im ländlichen Raum arbeitet längst nicht mehr in der Landwirtschaft, ist aber enger als andere mit dieser verbunden. Es liegt an der SPD, Politik so zu gestalten, dass wir von einer reinen Landwirtschaftspolitik zu einer integrierten „Politik für die ländlichen Räume“ kommen.

Die SPD kann dabei auf politische Erfolge aufbauen, z.B. bei der Konversionspolitik in ländlichen Räumen, die früher maßgeblich durch militärische Einrichtungen geprägt waren. Diese Ansätze und Erfolgsrezepte gilt es strategisch auszubauen.

Ziel einer Politik für die ländlichen Räume besteht in wirtschaftlichen Stärkung dieser Gebiete, der Erhaltung und Schaffung geeigneter Infrastruktur und der Bewahrung der Kulturlandschaft. Also kurz gesagt, Politik für die ländlichen Räume hat die Lebensqualität der Menschen in diesen Gebieten zum Ziel.

Sowohl die Menschen in den Ballungsgebieten als auch viele Menschen in den ländlichen Räumen einschließlich vieler Landwirte haben Vorbehalte gegen die heutige Landwirtschaftspolitik wegen der vielen Sonderregelungen, Ausnahmen und Subventionstatbestände.

Dadurch ist auf Dauer die Finanzierung einer Politik für die ländlichen Räume insgesamt massiv gefährdet, weil die Landwirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung stellvertretend für die ländlichen Räume steht. Am besten begegnet man diesen Vorbehalten durch eine schrittweise Beendigung der Sonderrolle der Landwirtschaftspolitik und durch uneingeschränkte Transparenz. Dies gilt sowohl für die Sonderrechte, aber eben auch für die Sonderlasten der Landwirtschaft z.B. in den sozialen Sicherungssystemen der Landwirtschaft, die aus meiner Sicht in die „normalen“ sozialen Sicherungssysteme integriert werden sollten.

Nicht die undifferenzierte Förderung der Landwirtschaft, sondern die gezielte Unterstützung für mehr Arbeit auf dem Lande und eine konkrete Entlohnung der Leistungen der Landwirtschaft z. B. für Umwelt und Kulturlandschaft ist unser Ziel.

Nur konkrete Leistungen für die Gesellschaft rechtfertigen auch längerfristig den Einsatz von Steuermitteln. Wer diese Leistungen erbringt, hat umgekehrt allerdings auch einen Anspruch auf diese Geldmittel, es ist dann ein Gehalt und keine Subvention.

Die demographische Veränderung in Deutschland ist der größte Katalysator für den Strukturwandel im ländlichen Raum. In allen Politikbereichen muss diese Herausforderung angenommen und zu einer integrierten Politik für den ländlichen Raum weiterentwickelt werden.

Ich schlage daher innerhalb der Bundesregierung einen „Rat für die ländlichen Räume“ vor, der die entsprechenden Ressortplanungen koordiniert.

Zu oft sind die Verbände und Vereinigungen des ländlichen Raums in der Gegnerschaft zu einer nachhaltigen Politik zu finden. Dabei wird gerade eine Nachhaltigkeitsstrategie zu einer Renaissance der ländlichen Räume führen, weil sie über höhere Qualitätsanforderungen und neue Dienstleistungen eine größere Wertschöpfungstiefe dort ermöglicht und die Rolle der ländlichen Räume bei der Energie- und Rohstoffversorgung stärken wird.

Politik für die ländlichen Räume sollte also Vorreiter einer Nachhaltigkeitsstrategie sein. Dazu gehört die Aufgabe der sinnlosen „1:1-Mentalität“, also der Forderung, EU-Vorgaben nur im höchst-erforderlichen Maße in Deutschland umzusetzen.

Nein, im Gegenteil, wir wollen Vorreiter im Naturschutz, dem Umweltschutz, der Lebensmittelsicherheit, dem Gesundheitsschutz, dem Verbraucherschutz etc. sein, dies ist unser Faustpfand im Wettbewerb.

Deswegen sollen die Steuerzahler den ländlichen Raum unterstützen und die Verbraucher in Deutschland und anderen Ländern unsere Produkte kaufen, wenn sie Qualität und dauerhafte Produktsicherheit wünschen. Wir dürfen uns nicht ins Mittelmaß begeben.

Zur Nachhaltigkeitsstrategie gehört die Transparenz bei den Agrar-Subventionen, Transparenz über die Wirtschaftsform aus der die Produkte stammen, Transparenz über die regionale Herkunft und natürlich über den direkten oder indirekten Einsatz von Gentechnik.

Wir wollen nicht darauf warten, ob andere Länder und Wirtschaftsbranchen die gleiche Art von Transparenz zeigen, wir wollen Vorreiter sein, Vertrauen aufbauen, Verständnis ernten und einen Wettbewerbsvorteil dadurch haben.

Mögen doch die Mineralölfirmen sich über Veröffentlichungen über die Förderbedingungen ihrer Ware fürchten. Politik für die ländlichen Räume sollte Qualitätszertifikate für den Anbau von Energiepflanzen und deren Verarbeitung einfordern. Damit eben umweltverträglich in Deutschland angebaute Energiepflanzen nicht mit solchen Pflanzen aus Raubbau-Gebieten konkurrieren müssen und wir die Wertschöpfung in Deutschland und anderen Ländern erhöhen.

Lassen Sie uns zu einer solchen Vorwärtsstrategie greifen, statt der Wagenburgmentalität mancher Lobbyisten zu folgen.

Zum Einsatz für eine Nachhaltigkeits-Strategie gehört auch, dass wir selbstverständlich als Gesellschaft und als Politik keine Neutralität in der Frage haben dürfen, wie groß der Anteil von Ökolandbau, „multifunktionaler Landwirtschaft“ und „industriartigem Landbau“ sein soll.

Wir wollen einen größtmöglichen Anteil der beiden ersten Säulen, weil wir nur so den steigenden Markt bedienen können, wir die Kulturlandschaft erhalten, gute Lebensqualität schaffen und letztlich so auch mehr Arbeitsplätze schaffen können als in einer Landwirtschaft, die einseitig auf Massengüter setzt.

Deswegen sollten wir erneut verstärkt Werbung für diese Wirtschaftsformen, Umstellungsberatungen und –förderung geben.

Dazu gehört auch, dass wir die gentechnikfreie Landwirtschaft fördern wollen, nach meiner Meinung übrigens neben einem strikten nationalen Gentechnikrecht auch durch den Einsatz für die Schaffung von EU-Recht, das den Gebietskörperschaften die verbindliche Einrichtung von gentechnikfreien Zonen ermöglicht.

Zwei noch relativ junge wirtschaftliche Entwicklungen sind es, die besondere Chancen für die ländlichen Räume schaffen: Die Veränderungen in der Energieversorgung und die Fortschritte in der Informationstechnologie.

Wer die Entwicklung der ländlichen Räume ernst nimmt, muss die Einführung erneuerbarer Energien in Deutschland noch beschleunigen: Durch eine Stärkung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes inklusive eines entsprechenden Umbaus der bestehenden Stromnetze, der Einführung eines Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes und einer Optimierung der Einführung von Biokraftstoffen.

Die Wertschöpfungspotenziale für die ländlichen Räume durch Anbau, Verarbeitung, Verwendung der erneuerbaren Energien und Rohstoffe sowie die damit verbundene Dienstleistungen sind enorm.

Die Fortschritte in der Informationstechnologie sind zugleich Chance und Risiko für die ländlichen Räume. Chance, weil sie Dienstleistung und Standort voneinander entkoppeln. Risiko, weil die ländlichen Räume aus wirtschaftlichen Gründen bei der Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur derzeit leicht vernachlässigt werden.

Es ist klar, dass der ländliche Raum bei leitungsgebundenen Breitbandinfrastrukturen nicht mit den Ballungsgebieten mithalten können. Desto mehr müssen die ländlichen Räume bei der Entwicklung der kabellosen Breitbandtechnologien unterstützt werden.

Insbesondere muss bei Vergabe entsprechender Lizenzen die Schließung von Versorgungslücken im ländlichen Raum Vorrang vor dem Erzielen möglichst großer Ersteigerungserlöse für die Lizenzen haben. Entsprechende Lizenzvergaben stehen kurz bevor, die SPD hat bereits erste Verbesserungen für die Anforderungen der ländlichen Räume in den Vergabebedingungen erreichen können.

Erneute Begrüßung

Wir wollen heute von Ihnen lernen, Ihre Meinung erfahren und Interesse an unseren Positionen wecken

Ich freue mich auf einen lebhaften Verlauf der Veranstaltung